

Antragsbereich S / Antrag S1

AntragstellerInnen: Jusos Oberbayern

S1: Clearingstellen für Menschen ohne Krankenversicherung

Wir fordern die Einführung staatlicher Förderprogramme, um Anlaufstellen in Städten

5 und Gemeinden zu schaffen, deren Ziel es ist, Menschen ohne Krankenversicherung und

Menschen, deren Versicherungsstatus unklar ist, über ihre Ansprüche für medizinische

10 Grundversorgung aufzuklären und potentiell Wege in die gesetzliche Krankenversicherung zu finden.

15 Zudem fordern wir die Aufhebung des AufenthG §87 Abs. 2 Nr. 1, welcher

Sozialbehörden verpflichtet, Menschen ohne Aufenthaltstitel bei der Ausländerbehörde

20 zu melden, sollten diese einen Krankenschein beantragen, um die Ihnen zustehende

25 medizinische Grundversorgung wahrnehmen zu können. Diese Praxis führt dazu, dass

Menschen ihre Abschiebung riskieren, um medizinisch versorgt werden zu können.

30 **Begründung**

35 **Deutschland hat sich durch die Unterzeichnung des UN-Sozialpakts dazu verpflichtet, das Recht aller Menschen auf Gesundheit anzuerkennen und die Bereitstellung medizinischer Versorgung für alle sicherzustellen. Obwohl man in Deutschland auch ohne Krankenversicherung ein Anrecht**

auf eine Behandlung bei akuten Erkrankungen, Schmerzzuständen und bei Schwangerschaft hat, ist es für viele aus unterschiedlichen Gründen schwer, dieses Recht wahrzunehmen. In einigen Großstädten gibt es bereits
40 durch die "Medinetze" ehrenamtlich organisierte anonyme Anlaufstellen für Menschen mit unklarem Versicherungsstatus, allerdings mangelt es an einem flächendeckenden Angebot zur Unterstützung in solchen Fällen.

Insbesondere Menschen ohne Aufenthaltstitel sind oft davon betroffen, auf
45 keinerlei medizinische Versorgung Zugriff zu haben, ohne dass sie Gefahr laufen, gemeldet und abgeschoben zu werden. Deshalb ist es wichtig, dass der verlängerte Geheimnisschutz innerhalb von Krankenhäusern durchgesetzt wird, so dass selbst das Verwaltungspersonal von Einrichtungen keine Menschen an die Ausländerbehörde melden darf. Aus demselben
50 Grund fordern wir einerseits die Aufhebung der Meldepflicht der Sozialbehörden gegenüber den Ausländerbehörden, so dass Krankenscheine ohne Abschieberisiko beantragt werden können, andererseits sollen die neu geschaffenen Anlaufstellen lediglich staatlich gefördert aber nicht staatlich betrieben werden, um mehr Distanz zu gewährleisten, so dass
55 eine Informationsweitergabe ausgeschlossen werden kann.

Es kann in einem industrialisierten Land wie Deutschland nicht sein, dass Menschen der Zugang zu medizinischen Einrichtungen erschwert wird und diese im schlimmsten Fall vor die Wahl zwischen Gesundheit und persönlicher Sicherheit gestellt werden. Gesundheit ist ein Menschenrecht muss als
60 solches allen zur Verfügung stehen, unabhängig von Aufenthaltsstatus und finanzieller Lage!